

Alternative Parlamentsarbeit für Deutschland

Die AfD schreitet zur Tat

von Johannes Schillo

Die AfD – die „Alternative für Deutschland“ – hat sich als Teil des deutschen Parteien- und Parlamentssystem etabliert. Dieser „rechtspopulistische“ Aufschwung war im Auswege-Magazin schon mehrfach Thema (vgl. z.B. Schillo 2017), speziell im Blick auf bildungspolitische Programmatik und Aktivitäten der neuen Oppositionsbewegung. Volksbildung im streng nationalen Sinne ist der Partei ein besonderes Anliegen und sie räumt der Bewusstseinsbildung durch Medien, Pädagogik und politische Kultur hohe Priorität ein. Dadurch, dass sie mittlerweile im Bundestag und in 14 Landesparlamenten vertreten ist, hat sich ihr Wirkungsbereich vergrößert. Wie nutzt sie ihn?

Die beliebte Einschätzung, dass sich rechte bzw. rechtsradikale Parlamentsmitglieder oder Fraktionen schnell als Faulenzer entpuppen, die außer platten Sprüchen nichts zu bieten haben, trifft die aktuelle

Lage nicht. Das hat jetzt eine neue Bestandsaufnahme zur parlamentarischen Praxis der AfD mit Schwerpunkt auf den Kommunalparlamenten in Hessen und Niedersachsen sowie im Landtag von Rheinland-Pfalz bestätigt (Hafeneger u.a. 2018). Das Bild sei differenzierter. „Es gibt relativ stabile, fleißige und es gibt faule Fraktionen...“, schreiben die Autoren (ebd., 26). Doch das ist keine Besonderheit dieser Partei. An den diversen Aktionen der AfD, die die neue Studie minutiös auflistet (auch in einem Anhang mit Original-Anträgen und -Anfragen dokumentiert), lässt sich vielmehr zeigen, dass hier fleißig mitgearbeitet und nicht einfach Obstruktion betrieben wird. Dabei stellt sich aber immer wieder die Frage: Was ist eigentlich das Alleinstellungsmerkmal dieser Partei?

Was ist eigentlich das Alleinstellungsmerkmal dieser Partei?

Was heißt hier alternativ?

Das erste, was im Lande nach der Regierungsbildung 2018 auffällt, ist ja die Tatsache, dass ohne eigene Aktivität, sondern allein schon durch den Wahlerfolg der AfD ein Rechtstrend wirkt. Dass Merkel „Deutschland buchstäblich hergeschenkt“ hat, wie AfD-Vorsitzender Meuthen bei der AfD-Demo am 26. Mai in Berlin verkündete (Junge Welt, 28.5.2018), ist ein Eindruck den mittlerweile auch die Bildzeitung und andere Medien vermitteln. Politisch anerkannt wird das auch: Deutschland hat jetzt einen Heimatminister, der die nationale Identität zum erstrangigen Sorgethema erhebt, der Zuwanderung begrenzen und eine neue Abschiebekultur entwickeln will, der weiß, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört und

dass das christliche Abendland Flagge zeigen muss. Und solche Trends sind keineswegs auf die CSU und den rechten Flügel der CDU, wo sich die Wertkonservativen neu formieren, beschränkt.

Daher hat die AfD auch kein Problem, Prominente aus anderen Parteien zu hofieren (zum Beispiel das SPD-Mitglied Sarrazin) oder sich gelegentlich der verhassten Mehrheit der Altparteien anzuschließen. So

stimmte im Mai 2018 die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der CDU dafür, eine Enquetekommission „Linksextremismus“ unter Vorsitz von Ex-AfD-Landeschef Poggenburg einzurichten (Junge Welt, 24.5.2018). Poggenburg, der selbst in der AfD umstritten ist, hatte letztes Jahr gefordert, „linksextreme Lumpen“ von Hochschulen zu verbannen, um sie „einer Arbeit zuzuführen“, was sogar bei Christdemokraten zu Protest führte. Bei den Debatten im Bundestag Anfang 2018 zur Berufung eines Antisemitismus-Beauftragten konnte sich die AfD ebenfalls einklinken. Die AfD-Abgeordnete von Storch äußerte in der Bundestagsdiskussion, dass Antisemitismus ein besonders durch muslimische Zuwanderer verursachtes Problem sei. Ihre Äußerungen wurden zwar von anderen Rednern kritisiert, diese wiesen aber „ebenfalls auf Antisemitismus unter Zuwanderern hin, warfen der AfD jedoch vor, antisemitische Tendenzen in den eigenen Reihen zu dulden“ (www.tagesschau.de, 18.1.2018).

„Sie haben ein krasses Problem mit Antisemitismus“, erklärte z.B. die Grünen-Fraktionsvorsitzende Göring-Eckardt an die Adresse der AfD gerichtet. Sie kritisierte, dass der AfD-Politiker Höcke immer noch Mitglied der Partei sei. Höcke hatte Anfang 2017 in seiner Dresdener Rede das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ gefordert. An ihrem antimuslimischen Tonfall wird die AfD also nicht blamiert, sondern nur mit Verweis auf Statements zur deutschen Erinnerungskultur, die nun ebenfalls keine Besonderheit dieser Partei sind (vgl. Schillo 2017). So hatte die AfD dann auch kein Problem, dem gemeinsamen Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen zur Bekämpfung des Judenhasses zuzustimmen.

An solchen Parlamentsaktivitäten können die staatstragenden Parteien und die Opposition von FDP und Grünen ihre Ausgrenzung der AfD nicht festmachen. CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer warnte jüngst wieder vor der AfD, die eine „Bedrohung für das jüdische Leben in Deutschland“ darstelle (vgl. MiGAZIN 2018), konnte dies aber gerade nicht mit der parlamentarischen Praxis belegen. „Die AfD bringt den Antisemitismus in die Parlamente“, schrieb die CDU-Politikerin in einem Gastbeitrag für „Bild am Sonntag“ (27.5.2018): „Alte Nazis, Neonazis und Rechtspopulisten. Sie sehen den Menschen nicht in seiner Würde als Individuum.“ Der AfD-Mann Meuthen wies die Kritik zurück und warf Kramp-Karrenbauer eine „Schäbigkeit“ vor, die kaum zu überbieten sei. Ihr zu Folge liefen

Die AfD hat kein Problem, Prominente aus anderen Parteien zu hofieren

„Rattenfänger der AfD“ durch das Land und versprechen, jüdisches Leben schützen zu wollen, während es in der Partei an allen Ecken und Enden Antisemitismus gebe. Als Beleg musste der Christdemokratin wieder einmal die Rede Höckes übers „Denkmal der Schande“ und die notwendige Renovierung der Erinnerungskultur erhalten – eine Rede, die in bester bundesdeutscher Tradition von Strauß, Augstein und Co. steht und auch bei den Forderungen nach einer antitotalitären Erneuerung des nationalen Gedenkwesens nichts Neues zu bieten hatte.

Meuthen warf der CDU-Politikerin als Konter eine „dreiste Verrenkungsscholastik“ vor, sie drücke sich vor der Einsicht, dass es die von ihrer Partei verantwortete „bedingungslose Masseneinwanderung aus dem islamischen Raum“ sei, die das jüdische Leben in Deutschland gefährde. „Die AfD ist die einzige Partei, die den Mut hat, diese Tatsache klipp und klar zu benennen.“ Seine Partei als „Rattenfänger“ zu verunglimpfen, sei an Schäbigkeit kaum zu überbieten. Damit würden die knapp sechs Millionen AfD-Wähler als Ratten beschimpft, was ja, das muss man Meuthen konzedieren, mit Respekt vor der Menschenwürde nicht gut zusammenpasst: „Das ist also das Vokabular der CDU – es stammt aus dem Wörterbuch der Unmenschlichkeit.“ Dass die islamische Masseneinwanderung das deutsche Volkstum zu überfremden und die Sittlichkeit „unserer“ Heimat zu zerstören droht, ist dann aber wieder der Punkt, wo die Parteien der großen Koalition bis hinein in grüne und liberale Kreise sofort zustimmen können. Und möglicher Weise gehen ja AfD und FDP noch im Bundestag zusammen, um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der dieses Vergehen am jüdisch-christlichen Abendland aufdeckt.

Politische Bildung

Die AfD ist – wenn man einmal vom mittlerweile in den Hintergrund gerückten Euro-Thema absieht – gar nicht in ihren einzelnen Forderungen und Positionsbestimmungen als besonders „rechtspopulistisch“ dingfest zu machen. Sie hat sich wie die anderen Parteien auch der nationalen Sache verschrieben und bringt ihre Besonderheit darin zum Ausdruck, dass sie in der regierungsoffiziellen Haltung gegenüber dem Ausland – ursprünglich der europäischen Währungsunion – und den Ausländern – speziell seit Merkels Flüchtlingspolitik 2015f – ein entscheidendes Politikversagen der Altparteien ausmacht (vgl. Schillo 2017). Das soll nicht einfach vom oppositionellen Standpunkt einer besseren (Personal-)Alternative bekämpft, sondern als ein Verbrechen an Staat und Volk gebrandmarkt werden. In diesem Sinne hat die Partei in der Präambel ihres Grundsatzprogramms ihren Gründungsimpuls zusammengefasst: „Dem Bruch von Recht

Die AfD hat sich wie die anderen Parteien auch der nationalen Sache verschrieben

und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.“ (AfD 2016, 6) Dabei ist anzumerken, dass die These von der Herrschaft des Unrechts seinerzeit auch in der CSU populär war, die einen Gang vor das Bundesverfassungsgericht erwog.

Die Deutschen leben laut AfD in einer Art Unrechtsregime, in dem sich die „unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion

Die Deutschen leben laut AfD in einer Art Unrechtsregime

herausgestellt“ hat (ebd., 8). Dass der Demokratieabbau fast unbemerkt und unwidersprochen über die Bühne geht, sei das Werk einer quasi totalitär agierenden politischen Klasse. Die Diagnose enthält auch eine eindeutige Schuldzuweisung an die politische Bildung: „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.“ (AfD 2017, 7) In der Krisendiagnose spielt die politische Bildung eine zentrale Rolle, wie nach dem AfD-Grundsatzprogramm noch einmal das Wahlprogramm 2017 deutlich machte und wie sich auch an zahlreichen Aktivitäten auf Landesebene dokumentieren lässt.

Dokumentation und Kommentar zu diesen Aktivitäten hatte, wie bemerkt, das Auswege-Magazin 2017 veröffentlicht (Schillo 2017) und darauf hingewiesen, dass sich die AfD-Position nicht einer Bestandsaufnahme des (politischen) Bildungsbetriebs verdankt. Dass eine Manipulation des guten deutschen Volkskörpers stattgefunden haben muss, schließt die Partei vielmehr aus der Lage, die sie vorfindet. Das deutsche Volk, das ihre Berufungsinstanz ist, denkt und handelt mehrheitlich ja nicht im Sinne der Partei, folgt vielmehr antinationalen Kräften, ist gespalten und kennt ganz andere Bedürfnisse als die Volkstumspflege, öffnet sich z.B. für eine „Willkommenskultur“. „Wenn ein rechter Politiker beim Blick ins gesellschaftliche Leben die Volksgemeinschaft vermisst, wird er jedoch nicht an seinem Ideal irre und nimmt etwa den Tatbestand der sozialen Spaltung zur Kenntnis, sondern wirft eine Schuldfrage auf. Er fahndet nach Kräften, die den wahren Zusammenschluss der Volksgenossen verhindern, und kann logischer Weise nur in einem Einfluss, der letztlich aufs Konto des Auslands oder der Ausländer geht, fündig werden sowie in einheimischen Komplizen, die dem ihre Hand leihen. Die Prämisse ist das Fazit: Das deutsche Volk ist gut, es ist nur verführt, und zwar durch die volkspädagogische

Indoktrinierungskunst einer professionellen Truppe, die sich dem Parteienkartell zur Verfügung stellt“. (Schillo 2017, vgl. Schillo 2016, IVA 2016)

Die sonstigen Äußerungen der AfD zum Thema Bildung fallen übrigens nicht groß aus dem Rahmen. Die Partei „fühlt sich“ z.B. „dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet“ (AfD 2016, 52), setzt sich für ein „nach Begabungen differenziertes Schulsystem“ (AfD 2017, 38) ein, in dem „uneingeschränkt das Leistungsprinzip“ gilt (AfD 2016, 53). Oder sie gibt Statements ab, die man von Bildungsministern schon tausendfach gehört hat: „Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell...“ (AfD 2017, 38). Und was die Bundespartei zur politischen Bildung in der Schule äußert, könnte aus den üblichen Richtlinien abgeschrieben sein oder variiert den Beutelsbacher Konsens, der die Grenzen und Modalitäten der zulässigen Kontroversität festlegen wollte. In dem Rahmen will sich die Partei ja auch einbringen, und zwar mit einem großen personellen und materiellen Aufwand bei der Bildungsaufgabe, wie der aktuelle Streit um die Gründung einer AfD-nahen politischen Stiftung zeigt.

... sie gibt Statements ab, die man von Bildungsministern schon tausendfach gehört hat

Angesichts dieser Situation verwundert es, dass die neue Bestandsaufnahme, die Benno Hafener, Pädagogik-Professor in Marburg, mit drei Mitarbeiterinnen vorgelegt hat, das Thema „Politische Bildung“ gar nicht aufführt. Das verwundert um so mehr, als der Wochenschau-Verlag (früher Schwalbach am Taunus, jetzt Frankfurt am Main), der das Buch herausgebracht hat, der Fachverlag in der Bundesrepublik für die politische Bildung ist. Hafener und Co. haben ein Themenraster zu Grunde gelegt, das natürlich mit „Migration, Asyl, Flüchtlinge“ bzw. „Geflüchtete und Asyl“ beginnt, das dann aber den Bildungsaspekt nur streift oder etwa unter der Rubrik „Haushaltspolitik“ ganz am Rande erwähnt. So wird für den rheinland-pfälzischen Landtag unter dieser Rubrik auf AfD-Kürzungsvorschläge bei der Förderung interkultureller Öffnung hingewiesen (Hafener 2018, 60). Dabei wird auch beiläufig mitgeteilt, dass die AfD bei ihren Anträgen zum Zurückfahren der historisch-politischen Bildung im außerschulischen Bereich – Stichwort: deutsche Erinnerungskultur – durchaus weiß, was sich für einen guten Deutschen Anno Domini 2018 gehört: Der deutsch-israelische Schüleraustausch muss natürlich weiter gefördert werden und die Deutsche Kriegsgräberfürsorge soll sogar mehr Geld bekommen (ebd., 61)!

Nachgetragen sei in dem Zusammenhang, dass die AfD selbstverständlich in Rheinland-Pfalz Protest gegen die Förderung der Großen Landesausstellung zum 200. Geburtstag von Karl Marx eingelegt hat (ebd., 62): Da die „Wirkungsgeschichte der marxistischen Ideologie ausgeklammert“ sei, werde einer „Marx-Verklärung Vorschub geleistet“. Dazu ist allerdings zu bemerken, dass im Trierer Kommunalparlament ebenso von der grünen Partei Einspruch

gegen die Würdigung des Kommunisten Marx (und damit implizit, siehe das chinesische Geburtstagsgeschenk, seiner Nachfolger) eingelegt wurde. Hinzu kommt, dass die neu gestaltete Ausstellung im Karl-Marx-Haus gerade die Wirkungsgeschichte zum Thema macht und dass sich die Landesausstellung explizit die „Entideologisierung“ von Marx, also die Kampfansage an sein ideologisches Erbe, auf ihre Fahnen geschrieben hat.

*

Diesen Fokus der AfD auf der politischen Bildung, der sich mit all den ehrenwerten Prinzipien der gängigen Bildungs- und Förderungspolitik schmückt (Verbot von Überwältigung, Indoktrination und Manipulation, Zulassung von Kontroversität, Artikulation von Bürgerinteressen, Ausgrenzung des Extremismus...), übergeht die neue Studie von Hafener. Zwar charakterisiert sie den nationalistischen Geist des fundamentalistischen Angriffs auf die „falsche Politik“ der „Altparteien“ (ebd., 148f). Doch erscheint dies mehr als eine strategische „Akzentsetzung“, die eine „junge Partei“ bei ihrer „Anfangsentwicklung“ vornimmt und die möglicher Weise wieder zu einer Mäßigung, etwa in Richtung einer Kümmerer-Partei, führt.

Die ganze Schärfe des Rechtsrucks, der, wie eingangs bemerkt, in der Republik auch außerhalb der AfD schon seine Wirkung zeigt, droht dabei aus dem Blick zu geraten. Vielleicht hängt das auch mit der grundsätzlichen Beurteilung des Rechtstrends durch die Hafener-Studie zusammen. Wenn diese festhält, dass „die autoritäre und autokratische Herrschaftsvorstellung der populistischen Rechten immer auch ein fundamentaler Angriff auf ein liberales und pluralistisches Verständnis von Demokratie ist“ (ebd., 5), dann wird nämlich unterschlagen, dass sie gerade aus dem Geist dieser Demokratie und des dort praktizierten Liberalismus

bzw. Neoliberalismus geboren ist und dass sie sich an der mangelnden Pluralität bzw. Kontroversität des politischen Diskurses festgemacht hat. Dessen „alternativlose“

**Die ganze Schärfe des Rechtsrucks,
der in der Republik auch außerhalb
der AfD schon seine Wirkung zeigt,
droht aus dem Blick zu geraten**

Festlegung auf die Notwendigkeit, die Globalisierung zu gestalten, die europäische Integration voranzutreiben und „Verantwortung“ für die weltweiten Krisenlagen zu übernehmen, hat ja gerade zum Unmut der Bürger und Bürgerinnen geführt. Die haben sich dann dank Anleitung von oben – durch Sarrazin und Co. – zumindest zu der Meinung vorgekämpft, man dürfe ja wohl noch sagen, dass man seine Heimat nicht wiedererkennt, dass „wir“ uns von (zu allem Überfluss auch noch undankbaren) Fremden ausnützen lassen, dass „Kopftuchmädchen“ das Stadtbild verschandeln, dass die Medien ein geschöntes Bild der Regierungspolitik liefern...



Literatur

- AfD: Programm für Deutschland – Das Grundsatzprogramm. 2016, online: <https://www.alternativefuer.de/programm/>.
- AfD 2017: Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag – Leitantrag. Online: <https://www.alternativefuer.de/leitantrag-wahlprogramm/>.
- Benno Hafeneger/Hannah Jestädt/Lisa-Marie Klose/Philine Lewek, AfD in Parlamenten – Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt/M. 2018.
- IVA-Redaktion, Der nationale Aufbruch der AfD, IVA, Texte2016, online: https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts16#der_nationale_aufbruch_der_afd.
- MiGAZIN – Migration in Germany, Kramp-Karrenbauer: AfD bringt Antisemitismus in die Parlamente, 28.5.2018, online: <http://www.migazin.de/2018/05/28/kramp-karrenbauer-afd-antisemitismus-parlamente>.
- Johannes Schillo: Nationalismus „im Aufwind“, IVA, Texte2016, online: https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts16#nationalismus_%E2%80%9Eim_aufwind.
- Johannes Schillo, Alternative politische Bildung für Deutschland – Die AfD und ihr bildungspolitischer Aufbruch, Auswege-Magazin, 16. Juni 2017, online: https://www.magazin-auswege.de/data/2017/06/Schillo_Alternative_politische_Bildung_fuer_Deutschland.pdf.

Über den Autor

Johannes Schillo (*1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

Veröffentlichungen:

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

Kontakt:

schillo@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com